

Statistik

Kriminalstatistik 2014

Im Dunkeln stochern ...

Anfang März stellte Innenminister Studt der Öffentlichkeit die Kriminalstatistik (PKS) für 2014 vor. Ob das von den Bürgern überhaupt wirklich wahrgenommen wurde, ist unklar. Handelt es sich doch offenbar für viele doch nur um eine recht unbedeutende Randnotiz.

Großartige Veränderungen hatten sich augenscheinlich nicht ergeben, die festgestellten Abweichungen wurden vom Minister mit gestiegenen Zahlen durch die hohen Asyl- und Ausländertaten erklärt. Den leicht zurückgegangenen, aber immer noch recht hohen Zahlen von Einbruchstaten will man jetzt mit zusätzlichen Kommissariaten in den Polizeidirektionen begegnen. Letztendlich also alles gut – ist Schleswig-Holstein nach wie vor sicher?

Für die politischen Parteien, insbesondere für die, die sich zurzeit in der Opposition befinden, stellt die Veröffentlichung der Zahlen natürlich eine Bestätigung für die Unfähigkeit der Regierenden dar. Dementsprechend laut fallen die Erklärungen und Forderungen aus dieser Richtung aus. „Schutzmänn Schlau“ denkt sich dabei seinen Teil und fragt sich, während er von einem Einsatz zum nächsten fährt, wie aussagekräftig denn diese Datensammlung eigentlich ist.

Stellt diese Kriminalstatistik wirklich ein Spiegelbild der polizeilichen Arbeit dar? In der Kriminalstatistik werden nur Taten erfasst, die überhaupt zur Anzeige gebracht worden sind. Jedem ist bewusst, dass der Bürger oftmals nur Taten anzeigt, wenn er selbst ein Interesse daran hat oder wenn zum Beispiel eine Versicherung das von ihm verlangt.

Die Bereitschaft zur Anzeigenerstattung sinkt, zumindest in den ländlichen Bereichen, in denen es mittlerweile kaum noch erreichbare Polizeidienststellen gibt, deutlich.

Und logisch ist doch, dass ein Mehr an Polizeibeamten, die sich auf der Straße befinden,



Rike – pixelio.de

auch ganz selbstverständlich ein Mehr an bekannten Straftaten erzeugt. Im Umkehrschluss muss man sich nicht wundern, wenn bei schwindenden Einsatzkräften auch die Zahlen rückläufig sind. Sicherer wird es auf den Straßen des Landes durch weniger Polizeibeamte aber bestimmt nicht!

Verfälscht wird die Datensammlung zusätzlich auch dadurch, dass ein Großteil der Internet-Betrugstaten einfach nicht gezählt wird, weil die vermeintlichen Täter im Ausland sitzen, der Tatort sich also nicht im Bereich der Bundesrepublik befindet. Dass die zu erledigende Arbeit trotzdem gemacht werden muss, wird schlicht vergessen. Schließlich, und das macht einen sehr großen Teil der polizeilichen Arbeit aus, werden keinerlei Verkehrstaten in der Kriminalstatistik ausgeworfen. Nicht ein Fall von Unfallflucht oder Trunkenheit am Lenker gelangt in die Auswertung dieser PKS, geschweige denn ein einziger Verkehrsunfall und seien dabei auch noch so viele Straftaten begangen worden.

Das alles ist jedem Polizeibeamten bewusst, wenn er in der öffentlichen Berichterstattung von den Ergebnissen eben dieser PKS hört.

Ärgerlich wird er aber dann, wenn der Eindruck vermittelt wird, dass es trotz stetigen Personalabbaus und immer zusätzlichen Aufgaben immer sicherer auf unseren Straßen wird und man daraus ableiten könne, dass „der Laden anscheinend auch mit weniger Personal läuft“.

Dass das nämlich nicht so ist, erlebt man im täglichen Dienst. In allen Bereichen der Polizei wird über steigende und kaum noch zu bewältigende Arbeitsbelastung geklagt.

Das Sicherheitsempfinden des Bürgers spiegelt sich in der PKS offenbar auch nicht wider. Oder wie ist es zu erklären, dass sich in manchen Teilen unseres Landes sogar schon private Bürgerwehren bilden, um sich vor den Einbrecherbanden zu schützen. Hier verlässt man sich schon gar nicht mehr auf den Staat, sondern nimmt den Schutz seines Eigentums in eigene Hände.

Kriminalstatistik – offenbar nichts anderes als nur ein Stochern im Dunkeln!?

*Frank Hesse,
stellvertretender
Landesvorsitzender*

Impressum:

Redaktion:
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0171.2745289
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.38671061

Internet: www.dpog-sh.de
E-Mail: dpog-sh@t-online.de
Fotos: Th. Nommensen
und pixelio.de

DPoIG S-H bei facebook:
www.facebook.com/dpog.sh



ISSN 0937-4841

Personalratswahlen!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

im Mai werden der Hauptpersonalrat und die meisten örtlichen Personalräte neu gewählt. Für viele stellt sich die Frage, wozu ist der Personalrat überhaupt da, soll ich überhaupt wählen und wenn ja, wen soll ich wählen?

Die aufgeworfenen Fragestellungen beantworten sich insbesondere in §§ 1 und 2 des Mitbestimmungsgesetzes (MBG). „Personalrat und Dienststelle arbeiten eng und gleichberechtigt zusammen unter Beachtung der Gesetze und Tarifverträge, um den Grundrechten der in der Dienststelle tätigen Beschäftigten zu praktischer Wirksamkeit im Arbeitsleben zu verhelfen und um zugleich zur Erfüllung der der Dienststelle obliegenden Aufgaben beizutragen“, heißt es in § 1 MBG.

Diese verklausulierte Formulierung bedeutet nichts anderes, als dass die Dienststelle nicht im luftleeren Raum einfach so

Maßnahmen beschließen kann, wie sie lustig ist, sondern dass der Personalrat dort erforderlichenfalls als Korrektiv eine gleichberechtigte Rolle spielt und aktiv einzubeziehen ist.

Das bloße „in Kenntnis setzen“ reicht da sicherlich nicht aus. Die Erfahrungen zeigen, dass die Zusammenarbeit zwischen Dienststelle (also zum Beispiel der Behörde) und dem Personalrat häufig sehr unterschiedlich ausfällt und die Beteiligung von Personalräten an Entscheidungsprozessen eines steten Kampfes bedarf, weil manchmal der Gedanke vorherrscht, dass weniger Personalratsbeteiligung auch weniger Einmischung bedeutet.

Die Schwierigkeit für Personalräte ist häufig, zwar eine große Nähe zu Dienststellenleitern haben zu müssen, ohne sich vereinnahmen zu lassen. **Von daher ist jede Personalratswahl auch die Chance, durch neue Mitglieder im Personalrat etwas zu verändern!**

In § 2 des MBG ist dann eine Vielzahl von Maßnahmen beschrieben, bei denen der Personalrat zwingend zu beteiligen ist. Grundsätzlich geht es um alle Maßnahmen der Dienststellen, die Auswirkungen auf das Personal haben, von der Organisationsreform bis hin zur Um- oder Versetzung von Mitarbeitern, Änderungen von Erlassen (beispielsweise Dienstbekleidungserlass) und so weiter.

Diese Aufgaben sind naturgemäß nicht immer sehr transparent, besonders wenn es um persönliche Maßnahmen geht, ist natürlich Vertraulichkeit und Verschwiegenheit oberstes Gebot.

Ein Personalratsgremium sollte, wenn es eine effektive Beteiligung gewährleisten soll, möglichst „bunt“ zusammengesetzt sein. Es bedarf durchaus erfahrener Personalratsmitglieder, die wissen, wie der Hase läuft, aber es bedarf auch unbedingt einer Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen, die ihren Dienst an der polizeilichen Basis versehen und die



> Torsten Gronau,
Landesvorsitzender

auftretenden Probleme aus eigenem Erleben und nicht nur vom „Hörensagen“ kennen. Auch sollten in einem Personalrat möglichst Mitglieder der in den Dienststellen vertretenen Gewerkschaften vertreten sein, damit ein umfassender Meinungsaustausch gewährleistet wird. Pluralität ist da ein Gewinn!

Die DPoIG stellt hier ihre Kandidaten für den Hauptpersonalrat vor, die Vorstellung unserer Kandidaten für die örtlichen Personalräte erfolgt parallel auf regionaler Ebene. Auf unseren Listen wird kein einziger langjährig freigestellter Kandidat sein, alle DPoIG-Kandidaten kommen von der Basis und versehen dort in unterschiedlichsten Funktionen ihren Dienst, ob im Wachdienst, auf der Regionalleitstelle, als Ermittler oder Einsatztrainer oder auch als Dienststellenleiter.

Wir denken, dass wir mit unseren DPoIG-Listen eine gute Wahlalternative zu den Etablierten stellen und nicht nur unsere Mitglieder uns wählen.

Die DPoIG steht für „klare Kante“. Wir eiern nicht herum, sondern sagen, was wir denken!

Deshalb: **2015 DPoIG wählen!**

Torsten Gronau,
Landesvorsitzender





Personalratswahl 2015



*Sich kümmern
statt reden!*

**Thomas
Nommensen**
PD Lübeck



**Torsten
Gronau**
PD Ratzburg



**Frank
Hesse**
PD Itzehoe

**Markus
Müller**
PD Segeberg



**Gerhard
Kath**
PD Lübeck



**Ulrike
Beste**
PD Itzehoe



**Ulrike
Wegner**
PD Itzehoe

**Ingo
Reyher**
PD Fehmarn



**Peter
Ruch**
PD Lübeck

**Ingmar
Votz**
PD Lübeck



**Astrid
Steffen**
PD AFB Eutin



**Sven-Erik
Haase**
PD Itzehoe

DPoIG Schleswig-Holstein

Unsere Kandidaten für den Hauptpersonalrat

Trotz Personalabbau ist die „innere Sicherheit nicht gefährdet“ – wirklich nicht?

Ein Begriff nur gut für politische Wortspiele oder Aussage von Wert?



Tim Reckmann – pixelio.de

Stets erneut, aktuell besonders im Zusammenhang mit nicht verantwortbarem, konkret bevorstehendem Personalabbau bei der Landespolizei Schleswig-Holstein, wird uns Polizeigewerkschaftlern bei Kritik vonseiten der jeweils regierenden Politik vorgeworfen, wir würden durch unsere Bewertungen und Darstellungen dazu Ängste bei den Mitbürgern schüren sowie unsoliden und völlig überzogenen „Gespenster an die Wand malen“.

Darüber hinaus hält man uns immer mal wieder vor, wir würden uns bei der sogenannten Aufgabenkritik nicht genügend einbringen.

Und der sich im Rahmen solcher Themen zwangsläufig ergebenden vorrangigen Fragestellung, ob die innere Sicherheit gefährdet sei, wird dann stets mit einem klaren NEIN begegnet.

Modern verlauten die dazugehörigen Schönschreibvokabeln konkret so: Die Kernaufgaben Einsatz und Ermittlungen seien (trotzdem) gewährleistet. Und der Schließung einer Vielzahl von ländlichen Polizeidienststellen stellt man überörtliche Einsatzpräsenzstreifen entgegen-

gen. Genannt wird das: „Konzentration in der Fläche.“

Aber ist das wirklich so einfach?

Wie hilfreich ist es da, dass man in der Politik offenbar glaubt, das alleinige Definitionsrecht für derlei Begriffe zu haben. Liegen diese Rechte nicht beim Souverän? Im Zusammenhang gern erwähnte Hinweise auf unseren im internationalen Vergleich gesehenen guten Stand, den niemand bestreitet, sind da nicht wirklich hilfreich.

Ich mache es jetzt einmal so, wie es nicht selten zahlreiche Politiker halten, und behauptete, die Frage sei falsch gestellt. Korrekt muss sie lauten: „Wird das von der Bevölkerung zu Recht weiterhin erwartete bisherige gute Maß an innerer Sicherheit im Lande durch Personalabbau und andere falsche Entscheidungen negativ beeinträchtigt?“

Dann wäre eine ehrliche und eindeutige Antwort eine völlig andere. Sie hieße dann klar und unmissverständlich JA. Selbstverständlich kann mit noch weniger Personal der bisher erreichte gute Standard

nicht gehalten werden und schon gar nicht mehr geleistet werden.

Und nicht nur Fachleuten ist hinreichend gewiss, dass Aufgabenumfänge und Qualitätsansprüche noch aufwachsen.

Die gelegentlich lippenbekenntnishafte Anerkennung der „strategischen Lücke“ (fehlende 160 Stellen für schon bestehende Aufgaben), der Verzicht auf den geplanten Abbau von 122 Stellen (weil das schlicht unverantwortlich wäre) sowie wenigstens eine Aufstockung um 100 Stellen für unabwiesbare neue Aufgabenstellungen, wie das unlängst Landespolizeidirektor Höhs zu Recht einforderte, wären das dringende und richtige Gebot der Stunde. Denn dieser Staat hat die Pflicht, seine Aufgaben wahrzunehmen, und die innere Sicherheit muss schon von daher ein regelmäßiger Schwerpunkt aller verantwortlichen Politik sein.

Vollmundige Erkenntnisbekundungen nur zu jeweiligen Oppositionszeiten sind wenig hilfreich.

Erstaunlich auch, dass je nach haushaltspolitischem Thema behauptet wird, dass die sogenannte „Alternativlosigkeit“ zur Einhaltung der Einsparpflichtungen entweder absolut oder eben offensichtlich nicht gilt. Wie seriös ist das denn?

Und was bedeutet „Einsatz“ und „Ermittlungen“ konkret? Niemand führt es inhaltlich aus. Aus der aktuellen Gebrauchsabsicht derlei Neuwertschöpfungskunst ist jedoch zu entnehmen, dass eine neue Polizei gemeint sein

muss. Eine die mit örtlichen oder überörtlichen Einsatzpräsenzstreifen nur noch kommt, wenn sie gerufen wird, eine die auf Reaktion reduziert wird. Das kann niemand ernsthaft wollen!

Mit einer betont bürgernahen Polizei, die die bisherige besonderen Stärke mit geliebter echter Präsenz, die stete Ansprechbarkeit, ständige Wahrnehmung der Verantwortung für einen engeren, anvertrauten Bereich, Gefahrenabwehr, enge Abstimmungen, Zusammenarbeit mit Nachbarbehörden und angemessene Reaktionsfähigkeit bei Rechtsverstößen jeder Art beinhaltet, hätte das nichts mehr zu tun.

Aktuelle Entwicklungen wie Gründungen von Bürgerwehren stimmen leider nicht hoffnungsvoll, zeigen aber deutlich das Empfinden eines zunehmend größer werdenden Nichtvertrauens auf solide und verlässliche staatliche Aufgabenwahrnehmung. Letztlich könnte das Gewaltmonopol des Staates infrage gestellt werden.

Wir alle, der Souverän, und unsere gewählten Volksvertreter, die Landes-, aber auch die Kommunalpolitiker, sollten das gewollte Maß an öffentlicher Sicherheit endlich verbindlich feststellen. Weniger Polizeibeamte und nur noch überörtliche Einsatzwahrnehmung und Ermittlungen kann man wollen, weniger Aufgabenerledigen, einen geringeren Standard sowie niedrigere Qualitätsabstriche wird man dann ertragen müssen.

*Kommentar von
Jochen Einfeldt,
Kreisverband Itzehoe*